CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Wallonie - Communauté Française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Kommission 3 „Verkehr und Kommunikation“
Isolde Ries, MdL,
Landtagsvizepräsidentin
Vorsitzende

Empfehlung

Gegen hohe Belastung für interregionalen Bahnverkehr mit Frankreich

Das Europa der Bürger entsteht insbesondere in Grenzregionen der Europäischen Union, dort wo Menschen im Nachbarland arbeiten, einkaufen und das touristische Angebot nutzen. Dort wachsen Regionen diesseits und jenseits nationaler Grenzen durch vielfältige Formen grenzüberschreitender Mobilität zusammen. Hierbei ist der grenzüberschreitende Schienenpersonenverkehr ein ganz wesentliches Element. Die große Zahl von Grenzgängern in der Grenzregion SaarLorLux – mit über 200.000 Personen täglich die mit Abstand größte Grenzgängerregion der EU – dokumentiert die Erfolge der interregionalen Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Kultur und vielen weiteren Akteuren. Die Großregion ist Modellregion für gelungene territoriale Kohäsion in Europa.

Seit diesem Jahr ist für alle Züge, die auf dem französischen Schienennetz verkehren, eine neue Schienensteuer zu entrichten Es handelt sich dabei um eine Pauschalsteuer, die ganz unabhängig von den in Frankreich gefahrenen Kilometern zu zahlen ist.

Davon betroffen ist sowohl der grenzüberschreitende Nahverkehr als auch der grenzüberschreitende Fernverkehr mit Frankreich. Durch gemeinsame Grenzverkehre mit Frankreich sind hiervon das Saarland, Rheinland-Pfalz, Luxemburg sowie Wallonien betroffen. Diese Steuer belastet insbesondere Grenzregionen ganz erheblich und läuft jahrelangen Bemühungen, den grenzüberschreitenden Schienenverkehr wie zum Beispiel von Saarbrücken in Richtung Metz und Straßburg oder von Rheinland-Pfalz nach Wissembourg und Lauterbourg zu stärken, zuwider. Erhebliche Anstrengungen, den vielen Berufspendlern in der Großregion durch Ausbau des Schienenverkehrs eine echte Alternative zum PKW zu bieten, werden damit zunichte gemacht.

...

Der Interregionale Parlamentarier-Rat befürchtet, dass durch diese Änderungen im französischen Steuersystem die grenzüberschreitende Mobilität wie auch die vom Interregionalen Parlamentarier-Rat geforderte Fortentwicklung des grenzüberschreitenden ÖPNV hin zu einem interregionalen Verkehrsverbund zum Nutzen der Menschen erschwert werden. Die neue Besteuerung stellt für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr eine zusätzliche Belastung dar und wird nicht durch andere Erträge ausgeglichen. Das Aufbürden neuer Mobilitätshindernisse steht jedoch im ausdrücklichen Widerspruch zu den politischen Zielen der deutsch-französischen „Agenda 2020“, die im Februar 2010 von den beiden Regierungen beschlossen wurde.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat regt daher an, dass die französische Regierung die Anwendung der Schienenverkehrssteuer auf den grenzüberschreitenden Verkehr noch einmal überprüft und sich dabei daran orientiert, dem gemeinsamen Interesse an einer grenzüberschreitenden Mobilität insbesondere in unserer Großregion Rechnung zu tragen.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet diese Empfehlung an:

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Französischen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der wallonischen Region,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten der Region Lorraine,
- den Conseil Régional de Lorraine

und nachrichtlich an

- die Regierung der Bundesrepublik Deutschlands,
- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien.

Saarbrücken, 3. Dezember 2010